

Wie Bildungsminister Claude Meisch das Grundschulwesen privatisiert

Heimlich, still und leise



Die ersten Chargés de gestion administrative haben ihre Arbeit in den Regionaldirektionen bereits aufgenommen. Foto: Shutterstock

POLITIK & GESELLSCHAFT / MICHÈLE GANTENBEIN

Der Gesetzentwurf 7662, der vorsieht, die Leitung von vier spezialisierten Lyzeen für Vertreter aus der Privatwirtschaft zu öffnen, liegt auf Eis. Der Gesetzentwurf 7658 verfolgt dieselben Ziele im Service de coordination de la recherche et de l'innovation pédagogiques et technologiques (Script), im Institut de formation de l'éducation nationale (Ifen) und im Centre de gestion informatique de l'éducation (CGIE). Dieser Gesetzentwurf schlummert derzeit im zuständigen Parlamentsausschuss vor sich hin, genau wie der Gesetzentwurf 7708 von Sportminister Dan Kersch (LSAP), der die Zulassungsbedingungen für die Besetzung von leitenden Posten (Sportkommissar und ENEPS) herunterschraubt.

Die drei Gesetzentwürfe wurden innerhalb von zweieinhalb Monaten hinterlegt und gelten als Versuch, den öffentlichen Dienst zu schwächen. Sie haben im November

eine große Protestwelle bei Gewerkschaften, Personalvertretungen, der Lehrerschaft und der Sportwelt ausgelöst. Die CGFP hat diese Woche noch einmal klar gemacht, dass sie nicht locker lässt und gedroht, ein Schlichtungsverfahren einzuleiten, sollte Premier Xavier Bettel (DP) bis zum 23. Dezember nicht auf die Terminanfrage der CGFP reagieren.

Nachdem Bildungsminister Claude Meisch (DP) den Gesetzentwurf 7662 von der parlamentarischen Tagesordnung nehmen ließ, ist es ruhiger geworden um das Thema und die Petition 1717, die sich gegen die Privatisierung der öffentlichen Schulen einsetzt, kommt nur mühsam voran.

Privatisierung im Fundamental

Das bedeutet aber nicht, dass der Privatisierungsprozess im Bildungswesen gestoppt wäre. Das geht auch im Verborgenen, ohne Gesetzesänderung. In diesem Fall sind die Regionaldirektionen im Fundamental betroffen.

Ein Blick ins Budget 2021 des Bildungsressorts zeigt, dass die Personalkosten im Vergleich zum Budget 2020 in den Regionaldirektionen um 16 Millionen Euro steigen. Diese Mehrkosten sind auf die Schaffung von 66,5 zusätzlichen Posten zurückzuführen – zuzüglich Schulersatzpersonal (Remplaçants permanents) mit einem befristeten Arbeitsvertrag. Unter den 66,5 Posten sind 45 Posten für edukatives und psychosoziales Personal vorgesehen und 21,5 administrative Posten.

Zu den administrativen Posten zählen 15 A1-Posten, die mit so genannten Chargés de gestion administrative besetzt werden – einen für jede Regionaldirektion. „Diese A1-Posten wurden geschaffen, um die Regionaldirektionen weiterzuentwickeln und den Direktoren zu ermöglichen, administrative Aufgaben an diese Person zu delegieren“, erklärt das Bildungsministerium auf Nachfrage dieser Zeitung. „Die Anfrage für solche Posten kam aus den Regionaldirektionen, aber auch das Ministerium hat die Notwendigkeit erkannt.“

Auf den ersten Blick ...

Im Herbst wurde mit der Rekrutierung der Chargés de gestion administrative begonnen. Manche haben ihren Job als Staatsangestellte (Employés de l'Etat) bereits angetreten. In der offiziellen Ausschreibung werden zahlreiche Missionen aufgezählt: auf den ersten Blick rein administrative Aufgaben. Auch die erforderlichen Kompetenzen (Connaissances juridiques et budgétaires générales, connaissances générales des ressources humaines, techniques de la rédaction administrative, méthodologie de conduite de projet...) deuten auf einen administrativen Job hin. Und so erstaunt es nicht, dass unter anderem auch Bewerber aus dem Finanzwesen rekrutiert wurden, die sich die Chance, beim Staat unterzukommen, nicht entgehen lassen wollten.

Wohin die Reise tatsächlich geht ...

Die administrativen Kräfte sind auf der Direktionsebene angesiedelt und dem Regionaldirektor unterstellt. Möglicherweise aber sind sie über Kurz oder Lang auch weisungsbefugt, denn die Postenbeschreibung legt offen, wohin die Reise tatsächlich geht. Sie werden nicht nur administrative Angelegenheiten und Vorgänge kontrollieren und steuern, sondern erhalten kurz- oder mittelfristig weitreichende pädagogische Kompetenzen (siehe Kasten).

Da sie als administrative Kräfte rekrutiert werden, brauchen die Kandidaten keine pädagogische Ausbildung oder Erfahrung. In der Postenbeschreibung wird lediglich eine Mindestanforderung formuliert: Master „en relation avec l'enseignement fondamental“, was bedeutet, dass auch andere Masterabschlüsse zulässig sind.